

## **Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Finanzielle Garantiemodelle im Bereich Wohnen rasch ausarbeiten und umsetzen**

Im Dezember 2017 hat die BSS den Bericht «Bezahlbarer Wohnraum für Armutsbetroffene» veröffentlicht. Darin schlägt die BSS verschiedenen Massnahmen vor, um mehr Wohnraum für armutsbetroffene Menschen in der Stadt Bern zu schaffen bzw. bestehenden Wohnraum zugänglich zu machen und zu erhalten.

So wird analog zu anderen Schweizer Städten wie Basel und Lausanne und verschiedenen Stiftungen in der Schweiz vorgeschlagen, finanzielle Garantiemodelle zu erarbeiten und einzuführen, um z.B. die Übernahme der Mietkaution zu gewährleisten oder solidarisch mit den MieterInnen für fällige Mietzinsen und Nebenkosten zu haften. So soll Armutsbetroffenen und -gefährdeten der Zugang zum Wohnungsmarkt erleichtert werden.

Wie andere im Bericht der BSS vorgeschlagene Massnahmen wurde auch das Entwickeln und Verbreiten von Garantie-Instrumenten in die Wohnstrategie des Gesamtgemeinderates aufgenommen. Wir begrüssen die Wohnstrategie des Gemeinderates im Allgemeinen und die Aufnahme der im Bericht der BSS vorgeschlagenen Massnahmen im Besonderen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass der Fokus auf die soziale Wohnpolitik ein grosses Gewicht erhält. Damit die Ziele aber wirklich erreicht werden können, ist es unabdingbar, dass die in der Wohnstrategie definierten Massnahmen nun so rasch wie möglich konkretisiert und umgesetzt werden und dass nicht zu lange auf der konzeptuellen Ebene verharrt wird.

Aus diesem Grund fordern wir den Gemeinderat auf:

Auf der Basis der bereits im Bericht der BSS gewonnenen Erkenntnisse für Bern angemessene Garantiemodelle zu entwickeln und entsprechend Mittel für die Umsetzung einzustellen.

Den Stadtrat in diesem Zusammenhang mittels eines Berichts über die konkrete Organisation und den Zeitplan zu informieren.

Bern, 31. Januar 2019

Erstunterzeichnende: Lea Bill

Mitunterzeichnende: Regula Bühlmann, Rahel Ruch, Lea Bill, Katharina Gallizzi, Franziska Grossenbacher, Regula Tschanz, Leena Schmitter, Devrim Abbasoglu-Akturan, Seraina Patzen

### **Antwort des Gemeinderats**

Die vorliegende Motion bezieht sich auf die Wohnstrategie mit Massnahmen, die der Gemeinderat am 17. Oktober 2018 genehmigt hat. Der Stadtrat hat die Wohnstrategie am 4. April 2019 zustimmend zur Kenntnis genommen und dazu diverse Planungserklärungen beschlossen. Die Arbeiten zur Umsetzung der Massnahmen der Wohnstrategie laufen und die Ziele der Wohnstrategie werden in den Vorhaben der Stadtverwaltung und des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik berücksichtigt.

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Der Gemeinderat teilt die in der Motion vertretene Ansicht, dass finanzielle Garantiemodelle dazu beitragen können, für Armutsbetroffene die Zugangshürden zum Wohnungsmarkt zu senken. Die Abklärungen für den Entscheid, welche Instrumente in Bern entwickelt und zur Verfügung gestellt werden sollen, sind bereits angelaufen. Erst nach Abschluss dieser Konzeptphase können dann beim finanzkompetenten Organ die Mittel für die Umsetzung beantragt werden.

*Folgen für das Personal und die Finanzen*

Die finanziellen und personellen Folgen von Massnahmen können erst aufgrund der noch vorzunehmenden Abklärungen abgeschätzt werden. Bei der Beurteilung der verschiedenen Modelle wird der Kostenaspekt eine wichtige Rolle spielen. Kostengünstige und wenig personalintensive Lösungen werden somit im Vordergrund stehen.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 3. Juli 2019

Der Gemeinderat